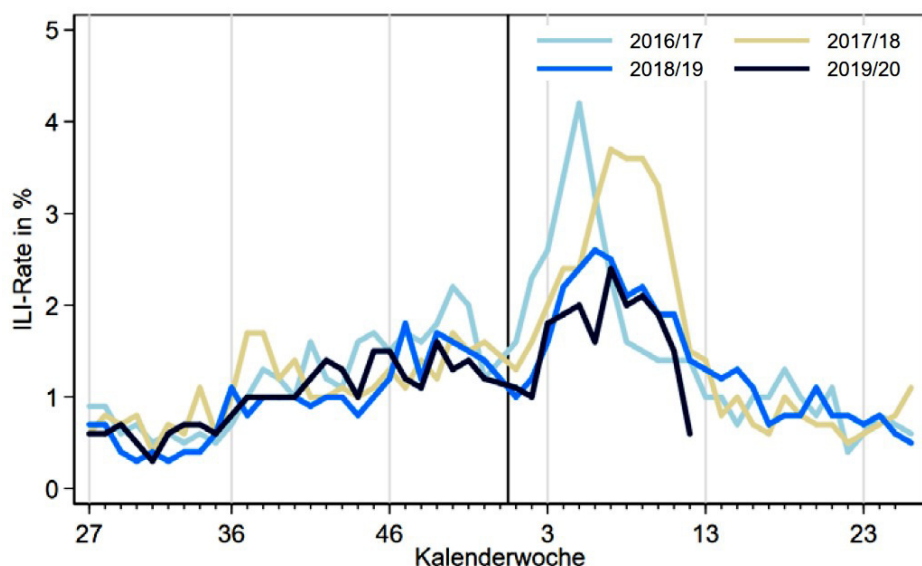


Corona: Was hätte bekannt sein müssen und was heute zu tun ist

Sehr geehrte Damen und Herren Ratsmitglieder, die Aufarbeitung der Corona-Politik ist keine vergangenheitsbezogene Debatte, sondern eine dringende Aufgabe für Gegenwart und Zukunft. Die Kölner Corona-Protokolle des städtischen Krisenstabs (über 12.000 Seiten aus 203 Sitzungen), die RKI-Files, EMA-Daten und weitere Quellen zeigen: Viele Maßnahmen waren nicht evidenzbasiert, sondern von Panik, politischem Druck und fehlender kritischer Prüfung geprägt. Die Stadt Köln als eine der größten Kommunen Deutschlands trägt Verantwortung, dies transparent aufzuarbeiten und Konsequenzen zu ziehen.



Was hätte bekannt sein müssen?



Tiefpunkt fieberiger Atemwegserkrankungen in der Woche vom 16. bis 22. März 2020 (KW12) – Quelle: RKI

Bereits zu Beginn der Krise gab es klare Hinweise, dass die Bedrohungslage überschätzt wurde. Das RKI selbst dokumentiert, dass Mitte März 2020 der Tiefpunkt fieberiger Atemwegs-

erkrankungen erreicht war (tiefer als in den Wochen und auch in den Jahren zuvor) – just zu dem Zeitpunkt, als der Lockdown begann und die Risikobewertung auf „hoch“ hochgestuft wurde. Dies wirft fundamentale Fragen zur Verhältnismä-

ßigkeit der Maßnahmen auf. Anstatt auf zugängliche entwarnende Daten zu schauen, wurden dramatische Szenarien verbreitet, die zu massiven Grundrechtseinschränkungen führten.

Die Kölner Corona-Protokolle offenbaren, wie der städtische Krisenstab agierte: oft ohne ausreichende kritische Auseinandersetzung mit Gegenstimmen, unter Druck von übergeordneten Instanzen. Die Bundeswehr war massiv in die lokale Umsetzung eingebunden – etwa bei

der Kontaktnachverfolgung im Gesundheitsamt Köln und in weiteren Amtshilfeeinsätzen. Dies war Teil einer bundesweiten Militarisierung der Krisenbewältigung mit Tausenden Soldaten in zivilen Strukturen. Ähnlich wie in den RKI-Files wird deutlich, dass interne Zweifel an Maskenpflichten, Lockdowns und der „Pandemie der Ungeimpften“-Narrative existierten, diese aber politisch nicht durchdrangen. Lockdowns hatten teils schwere Folgen als das Virus selbst, wie RKI-interne Einschätzungen andeuteten.

Die mRNA-Technologie wurde als sichere und wirksame Lösung präsentiert. Das Buch „mRNA-Impfungen – Das größte organisierte Verbrechen gegen die Menschheit“ von Prof. Sucharit Bhakdi

(bis 2012 Direktor des Instituts für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz) und zahlreiche weitere kritische Stimmen zeigen die Impfrisiken wie Autoimmunreaktionen, Spike-Protein-Schäden und andere systemische Auswirkungen. Diese Informationen müssen zur Kenntnis genommen werden und dürfen nicht weiter diffamiert werden.

Die EMA-Datenbank der EU zeigt in der Auswertung bis Anfang 2023 Millionen gemeldeter Verdachtsfälle von Nebenwirkungen, darunter über 49.500 Todesfälle und mehr als 1,46 Millionen nicht behobene Schäden allein in Europa – Tendenz stark untererfasst (Melderaten oft bei wenigen Prozent). Dies sind Verdachtsfälle, doch die Dimension ist alarmierend und wurde von Behörden systematisch heruntergespielt.

Was heute zu tun ist – Forderungen an den Rat der Stadt Köln

Die Partei dieBasis fordert eine umfassende, unabhängige Aufarbeitung auf kommunaler Ebene:

1. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Rat der Stadt Köln zur Prüfung der Kölner Corona-Protokolle, der lokalen Entscheidungen zu Schulschließungen, Maskenpflicht, Impfdruck, wirtschaftlichen sowie gesundheitlichen Kollateralschäden und der Rolle militärischer Akteure wie Bundeswehr und NATO bei der Steuerung und Umsetzung des Corona-Geschehens.

2. Unterstützung der Betroffenen: In Anlehnung an die Forderungen des Arztes Dr. Ralf Tillenburg (Schwerpunktpraxis für Impfschäden in Düsseldorf) muss die Stadt konkrete Hilfen für noch lebende Impfgeschädigte organisieren – z. B. durch Förderung spezialisierter Diagnostik und Therapien, Anerkennung von Impfschäden als behandlungsbedürftige Folgen und unbürokratische Unterstützung bei

Anträgen auf Entschädigung. Betroffene brauchen Zugang zu unabhängiger medizinischer Versorgung, nicht Leugnung.

3. Transparenz und Gedenken: Öffentliche Zugänglichmachung und Auswertung aller relevanten lokalen Dokumente, einschließlich der Zusammenarbeit mit Bundeswehr und übergeordneten militärischen Strukturen. Ein Mahnmal sowie eine Dokumentation der Opfer von Maßnahmen und Impfnebenwirkungen in Köln.

4. Konsequenzen für die Zukunft: Keine Wiederholung von Panikpolitik. Stärkung direkter Demokratie (Volksentscheide bei Grundrechtseinschränkungen), Ablehnung internationaler Verträge wie des WHO-Pandemievertrags, die lokale Souveränität untergraben, und Priorisierung evidenzbasierter, verhältnismäßiger Maßnahmen.

Die Corona-Politik hat in Köln – wie bundesweit – zu enormen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Schäden sowie zu Spaltung in der Gesellschaft geführt. Ärztinnen und Ärzte, die sich dem Nürnberger Kodex und dem Genfer Gelöbnis folgend zum Wohle ihrer Patienten der Corona-Politik widersetzt haben, werden bis heute verfolgt. Das betrifft bundesweit über 1000 Ärztinnen und Ärzte. Aber auch Köln ist nicht ausgenommen. US-Gesundheitsminister Robert F. Kennedy jr. hat sich deshalb mit dem Appell an die deutsche Regierung gewandt, diese Verfolgung zu beenden. Es reicht nicht, „nach vorne zu schauen“. Wahrheit und Gerechtigkeit für die Betroffenen sind Voraussetzung für Vertrauen in die Demokratie.

Der Stadtverband Köln der Partei dieBasis steht für basisdemokratische Aufklärung und fordert den Rat der Stadt Köln auf, Verantwortung zu übernehmen. Wir sind bereit zum Dialog und zur konstruktiven Mitarbeit an einer ehrlichen Aufarbeitung.

Köln, Juni 2026

dieBasis Stadtverband Köln